

Mehr Ferien für alle?

Wie Fricktaler Arbeitgeber und Gewerkschafter zur Volksinitiative stehen

Dominik Senn

Die von Travail.Suisse angekündigte Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» stösst bei Arbeitgebern im Fricktal auf Skepsis. Novartis als Grossunternehmen gewährt bereits mehr Ferien.

FRICKTAL. Es ist Ferienzeit – die beste Gelegenheit, über die vom Arbeitnehmerverband Travail.Suisse angesagte Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» zu diskutieren. Belastung und Arbeitsdruck hätten die vergangenen Jahre massiv zugenommen und müssten mit mehr Ferien abgedeckt werden, verlangen die Initianten.

Bislang gelten gemäss Obligatorienrecht fünf Ferienwochen für Jugendliche bis 20 Jahre und vier Wochen für alle anderen Arbeitnehmenden. Die von der NFZ befragten Arbeitgeber und die Aargauische Industrie- und Handelskammer finden die Forderung der Gewerkschaften übergrissen.

«Umverteilung der Mehrarbeit»

Hans Leber, Wil, unterstützt als Syna-Mitglied und Präsident der Syna Sektion Fricktal die Initiative der Travail.Suisse für mehr Ferien für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: «Durch die massiv gestiegene Arbeitsbelastung und die geforderte Flexibilität am Arbeitsplatz brauchen alle auch längere Erholungsphasen. Dies ist wichtig, da solche Faktoren negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben können. Mehr Ferien ist ein Beitrag zur Erholung und Re-



Ferien sind immer gut, doch darüber, wie viele Wochen es sein dürfen, streiten sich Arbeitgeber und -nehmer.

Foto: Dominik Senn

generation, was sich schliesslich wieder positiv auf die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auswirkt und der Wirtschaft schlussendlich zugute kommt.» Weiter hält Leber fest: «Mit der Initiative der Travail.Suisse können wir in kurzer Zeit eine Verbesserung herbeiführen.» Natürlich gäbe es gemäss Leber noch andere Massnahmen, dem heutigen Druck entgegenzuwirken, zum Beispiel durch Umverteilung der Mehrarbeit auf zusätzliche Mitarbeitende. In vielen bestehenden

Gesamtarbeitsverträgen (GAVs) seien heute schon mehr als die gesetzlichen Ferienansprüche vereinbart. Leider wollten sich nicht alle Arbeitgeber einem GAV anschliessen. Darum sei eine solche Initiative notwendig, so Leber.

Mehr Ferien bei Novartis

Die Novartis will sich derzeit nicht zur Ferieninitiative äussern, weist hingegen auf den bereits heute gewährten höheren Ferienanspruch ihrer Mitarbeitenden hin. Wie der Kom-

munikationsbeauftragte Satoshi Sugimoto von Novartis International AG, zu welcher die Novartis Pharma AG in Stein gehört, die bestehende Urlaubsregelung des Grossunternehmens erläutert, haben die über 11 700 Mitarbeitenden von Novartis in der Schweiz je nach Alter zwischen 23 bis 30 Tagen Urlaub pro Jahr. Bis zum Alter 45 gelten 23 Urlaubstage. Bis zum Alter 60 steigt die Zahl dann stufenweise auf 30 Urlaubstage.

Fortsetzung Seite 6

Forderung nach mehr Ferien ist umstritten

Diskussion um angekündigte Volksinitiative der Gewerkschaften

Fortsetzung von Seite 1

FRICKTAL. Bauunternehmer Erich Erne, Laufenburg, fokussiert auf die Arbeitsplatzsituation: «Ich habe noch nie erlebt, dass das Giesskannenprinzip Erfolg gezeigt hat.» Mit den sechs Wochen Ferien für alle, so Erne, würde man zwar alle Leute mit dem gleichen Geschenk bedienen. Doch wer sage, dass es für alle das Gleiche wert ist? Man würde auch je nach Arbeitsplatz oder nach Saison stärker oder weniger stark beansprucht. Erne: «Aus meiner Erfahrung sehe ich: Wenn Leute an ihren Arbeitsplätzen Erfolg haben, sind sie zufrieden, da spielt eine Woche mehr oder weniger Ferien keine Rolle. Ich sehe es als eine Aufgabe an, Leute so einzusetzen, dass sie als Einzelperson und im Verbund mit den Mitarbeitenden Erfolg haben können. Sechs Wochen Ferien für alle löst das Problem nicht, denn das Geschenk, das man sich auf diese Weise gibt, muss an anderen Stellen wieder erarbeitet, sprich verdient werden.»

«Knowhow nicht zu ersetzen»

Benjamin Zumsteg, Inhaber der Zumsteg Druck AG in Frick, sieht ein Problem beim Knowhow-Verlust bei Ferienabsenzen: «Unser Unternehmen hat vor sechs Jahren generell fünf Wochen Ferien eingeführt, als Ersatz für den Teuerungsausgleich. Da unser Digitaldruckbetrieb vorwiegend Spezialisten beschäftigt, und die Angebotspalette sehr breit gefächert ist, ist es in unserer Betriebsgrösse ein Problem, das entsprechende Knowhow bei Ferienabwesenheit zu ersetzen.» Zumstegs Fazit: «Sechs Wochen Ferien für alle sind somit ungeeignet, auch bei entsprechender Lohnreduktion.»



Das Geschenk muss an anderen Stellen wieder erarbeitet werden.

«Für sozialpartnerschaftliche Lösungen»

Peter Lüscher, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer: «Die Aargauische Industrie- und Handelskammer lehnt die Ferieninitiative von Travail.Suisse ab.» Zweifellos, so Lüscher, brumme der Wirtschaftsmotor – das sei sehr erfreulich. Dass auch die Arbeitnehmenden von dieser positiven Lage profitieren sollen, stehe für ihn ausser Frage. Die Forderung nach verfassungsmässig verankerten sechs Ferienwochen für alle Arbeitnehmenden diene diesem Zweck jedoch überhaupt nicht und sei dazu schlicht überzogen. Für vie-

le Arbeitnehmende in Fricktaler Betrieben bestünden bereits heute über das Gesetz hinausgehende Regelungen. Die Initiative sei also unnötig. Dazu setze sie komplett falsche Signale für eine gesamtwirtschaftlich schädliche weitere Verteuerung der Arbeitskosten. Gesetzliche Regelungen sollten verbindliche, finanzierbare Mindestbedingungen festlegen und Raum für weitergehende sozialpartnerschaftliche Lösungen lassen. Lüscher: «Als aktiver Nationalrat hätte Hugo Fasel, Hauptinitiant der Initiative, sein Anliegen schon seit langem problemlos in den – schnelleren und effizienteren – normalen politischen Prozess einbringen können.

Stattdessen lanciert er im Wahljahr eine verführerische Volksinitiative, die – bis zu einer allfälligen Umsetzung in den Betrieben – noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen würde. Wieder einmal schüren Gewerkschaften nicht realistisch erfüllbare Erwartungen bei ihren Mitgliedern, um dann die Schuld für das Scheitern den Arbeitgebenden und den bürgerlichen Parteien zuzuschieben. Das ist unredlich und letztlich gegen die Interessen der Arbeitnehmenden. Wir stehen zu sozialpartnerschaftlichen Lösungen auch in der Ferienfrage, die den Arbeitnehmenden dann auch real und schnell zu Gute kommen.» (ds)